

€ 0,8

Solidaritätspreis: € 2,0

Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees
1070 Wien, Spitalgasse 8, Kontakt: oesolkom@gmx.at

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Seit ein paar Monaten ist die neue SPÖ-geführte Regierung im Amt und bei vielen arbeitenden Menschen ist nach den im Wahlkampf von der SPÖ geweckten Hoffnungen Enttäuschung und Frust eingetreten. Mit der Begründung, es hätte keine andere Alternative gegeben, hat man sich den ÖVP-Wünschen gebeugt. Die SPÖ-Führung wählte einfach den Weg, dass man der Opposition die Regierungsbeteiligung vorzog. Das gab ein bekannter hoher SPÖ-Funktionär und Nationalratsabgeordneter, der zu den „SPÖ-Linken“ gezählt wird, bei einer Diskussionsveranstaltung offen zu. Worauf ein Genosse diese Haltung mit den Worten kritisierte: Also war das Motiv: lieber in der Regierung mit Posten, als in der Opposition ohne Posten. Dies wurde unwidersprochen zur Kenntnis genommen.

Vielerorts hat sich spontaner Protest erhoben. Die Studenten gingen auf die Straße, innerhalb der SPÖ haben sich sogenannte „Protest-Sektionen“ gegründet oder die Initiative „Wir sind SPÖ“ wurde ins Leben gerufen. Bislang verfolgter Zweck: die Enttäuschten müssen bei der Stange gehalten werden. Denn wirkliches Auftreten gegen den neoliberalen, sprich kapitalistischen Kurs im „roten“ Mäntelchen vermisst man. Während sich SPÖ- und ÖGB-Spitzen an die Wirtschaft anbieten wird der Ausverkauf Österreichs (siehe Böhler-Uddeholm) vorangetrieben und tummeln sich die „Heuschreckenkapitalisten“ auf Kosten der arbeitenden Menschen nicht nur in der BAWAG oder starten ganz normale Unternehmen (Kik, Aida) Angriffe auf die Rechte der Arbeiter und Angestellten.

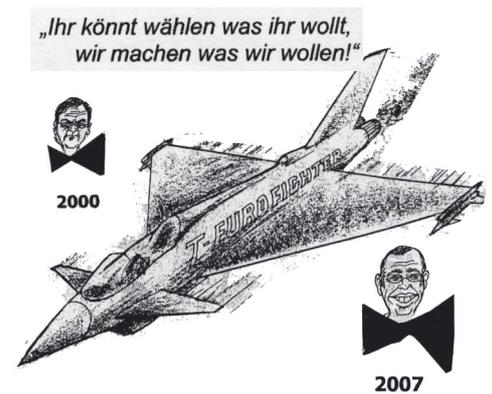
Auf den folgenden Seiten bringen wir unter anderem Kritik von Betriebsräten, sowohl zur Politik der neuen SPÖ-ÖVP-Regierung, als auch zum sogenannten ÖGB-Reformkongress.

WIE VERSPROCHEN, SO GEBROCHEN!

- Kein Sozialfighter, sondern weiter Eurofighter
- Keine Abschaffung der Studiengebühren
- Keine Abschaffung der immensen Steuervorteile für Unternehmen

Darüber hinaus:

- Keine Rücknahme des Pensionsraubes, statt dessen lautes Nachdenken über Anhebung des Pensionsantrittsalters von 65 auf 67 Jahre
- „Sozialarbeit“ für Studenten
- Aufhebung des Kündigungsschutzes für Lehrlinge
- Anhebung der Tagesarbeitszeit von 8 auf 10 bzw. 12 Stunden
- Mehrbelastungen im Gesundheitsbereich
- Verschärfungen für Arbeitslose
- Keine echte Grundsicherung und 726 Euro Mindestabsicherung frühestens ab 2010
- Steuerentlastung – wenn überhaupt – für die arbeitenden Menschen erst 2010
- Keinen Widerstand gegen den weiteren Ausverkauf (z.B. Böhler-Uddeholm)
- Statt Wiedereinführung einer Vermögenssteuer Abschaffung der Erbschaftssteuer
- Weiteres Nichtantasten der 2.500 Privatstiftungen der Superreichen, in denen 50 Milliarden Euro fast steuerfrei geparkt sind
- usw.



Wie hat der jetzige ÖVP-Finanzminister und Vizekanzler Molterer in den Regierungs-Verhandlungen gesagt: „Das Budget ist kein Bankomat, den man im Himmel befüllt und auf der Erde ausschüttet“. Tatsächlich aber wird das Budget auf Erden aus den Einnahmen der Arbeit der der Masse der Bevölkerung „befüllt“ und über die Reichen und die Industrie ausgeschüttet, so dass diese wie im Paradies leben können. Bosse, Bonzen, Bank- und Industriekapitäne, Spitzenpolitiker aller Parteien usw. liegen in der sozialen Hängematte, sie beziehen in Wirklichkeit ein arbeitsloses Einkommen und nicht diejenigen rund eine Million Menschen in Österreich, die in Armut leben, oder armutsgefährdet sind und oft mit 300 bis 700 Euro im Monat auskommen müssen.

Ohne Umverteilung von oben nach unten wird es keine Verbesserungen für uns arbeitende Menschen geben. Solidarität ist unsere Stärke – Widerstand unsere Chance!



An den
Bundespartei Vorstand der
Sozialdemokratischen Partei Österreichs

Protestnote zum Regierungsprogramm für die XXIII Gesetzgebungsperiode

und Willenserklärung

der Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen
in der Wiener Gebietskrankenkasse

(Vorstandsbeschluss vom 10.01. und 17.01.2007)

Da wir uns mit den Grundwerten der Sozialdemokratie identifizieren und uns ihnen verpflichtet fühlen, haben wir trotz so mancher, vom Parteivorsitzenden Dr. Alfred Gusenbauer, öffentlich hervorgebrachter Distanzierung von den sozialdemokratischen GewerkschafterInnen den Wahlkampf aufgenommen.

In den vergangenen Jahren und vor allem in der Intensivphase vor dem 1. Oktober 2006 haben wir hunderte an Stunden (nach den beruflichen Verpflichtungen) damit verbracht, die Menschen zu informieren, Ihnen die Werte der Sozialdemokratie darzulegen und um Vertrauen geworben.

Sehr bald konnten wir spüren, dass die Menschen von der „Politik für die Reichen und Besitzenden“ der ÖVP genug hatten. Unser – auch von den Wahlkampfstrategen kolportiertes - Ziel, ein Kurswechsel, hin zu Gerechtigkeit und Solidarität. Was wenige zu hoffen gewagt hatten trat ein. Die ÖVP fuhr die höchsten Verluste, die eine Regierungspartei je zu ertragen hatte, ein und wir wurden, wenn auch knapp, stimmenstärkste Partei. Eigentlich ein eindeutiger Wahlsieg, der aber mit dem Abschluss der Koalitionsverhandlungen als irrite Annahme erscheint.

Viele Menschen, und nicht nur die Funktionäre, sind von dem vorgelegten Ergebnis und den dazu veröffentlichten Beschwichtigungsversuchen der Parteispitze maßlos enttäuscht. Nach mehrheitlicher Meinung wird der zuvor mit Recht verurteilte und eigentlich abgewählte Weg der verheerenden und sozial menschenunwürdigen Politik der ÖVP – mit geringfügigen „Abfederungen“ – von einer Koalition mit SPÖ Beteiligung fortgesetzt. Darüber hinaus wird offensichtlich in Kauf genommen, dass die SPÖ für viele „einfache Menschen“ unglaubwürdig wird.

Es ist uns sehr wohl bewusst, dass mit dem Wahlergebnis keine „revolutionären“ Umwälzungen der Gesellschaft möglich waren. Dass aber derartig viele Positionen und Ziele der Sozialdemokratie (auch jene Dinge, die vor der Wahl als unverhandelbar dargestellt wurden) „wegverhandelt“ werden konnten, sodass nicht einmal der berühmte Schritt in die „richtige“ Richtung erkennbar ist, lässt Befürchtungen aufkommen nach denen persönliche Ziele wichtiger gewesen sein könnten.

Obwohl Wahlverlierer und „nur“ zweitstärkste Partei ist zu erkennen, dass sich die ÖVP bei den Verhandlungen im Wesentlichen durchgesetzt hat. Nicht zufällig wurde von ihren Granden und sogar der internationalen Presse erkannt, dass eine Kursänderung oder gar ein Bruch mit der Politik der vergangenen 7 Jahre nicht „wirklich“ erkennbar ist. Bestenfalls kann von leichten Korrekturen oder Abfederung der schlimmsten Auswirkungen der in den letzten Jahren von der ÖVP geschaffenen Fakten gesprochen werden.

Eine sozialdemokratische Handschrift, wie oft behauptet, ist konsequent nicht erkennbar. Der weitaus überwiegende Teil der sozialdemokratischen Wahlkampforderungen findet sich im Regierungsprogramm nicht wieder. Seltsam mutet darüber hinaus an, dass jene sozialdemokratischen Ansätze, die im Programm vorhanden sind ohne konkrete Umsetzungsstrategien, unverbindlich und mit unzureichender oder gar fehlender Finanzierung angeführt sind. Darüber hinaus gibt es gerade bei den als sozialdemokratisch „erkennbaren“ Forderungen unzählige ExpertInnen, Arbeitsgruppen und Kommissionen, die vor allem anderen erst einmal diskutieren und prüfen.

Zu erwarten ist, dass in vielen Bereichen zusätzlich Einvernehmen mit der ÖVP hergestellt werden muss. Ausgehend von der Tatsache, dass wir - in der Zeit als die ÖVP den Verhandlungstisch verlassen hätte, den angesetzten „letzten“ Termin verstreichen ließ, bei der Bevölkerung und den Medien unten durch war - die Chance nicht nutzten und somit nach der verspäteten und akzeptierten Rückkehr zum Verhandlungstisch erpressbar wurden, stellt sich die Frage: wie weit wird sich die ÖVP und ihre Ministerinnen in Zukunft bei den sozialdemokratischen Forderungen bewegen – gar nicht. Erste „Demonstrationen“ dieser Unbeweglichkeit hat es bereits gegeben.

Mehr als nur symbolische Bedeutung kommt auch der Ressortverteilung zu. Die ÖVP hat de facto die Kontrolle über die Finanzen und kann sich für Ihre Ministerien Spielräume offen lassen. Nahezu unentschuldig aus Gesellschafts- und Gewerkschaftspolitischer Sicht ist, dass es nach wie vor eine Trennung zwischen dem Sozial- und Gesundheitsministerium gibt und das Arbeitsressort (mit AMS und Arbeitsinspektoraten) weiterhin den Wirtschaftsinteressen (Wirtschaftsministerium) untergeordnet ist. An dieser Stelle erinnern wir an die richtige Aussage, dass die Agenden Wirtschaft und Arbeit in einem Ressort der Auffassung des austrofaschistischen Ständestaates entspricht und von der Sozialdemokratie immer zu Recht kritisiert und bekämpft wurde.

Darüber hinaus wandern auch noch die Familienagenden und der milliardenschwere Familienlastenausgleichsfond (FLAF) vom roten Sozial- ins schwarze Gesundheitsministerium.

Was die Gesundheitspolitik und damit die soziale Sicherheit vom Regierungsprogramm zu erwarten hat, mutet mehr als fatal an. Durch die geplanten Maßnahmen wird die finanzielle Situation der Gebietskrankenkassen nicht einmal im Ansatz gelöst. Selbst nur das „Andenken“ einer Wertschöpfungsbezogenen Finanzierung des Sozialsystems fehlt gänzlich. Am Beginn des Kapitels Gesundheit ist der Grundsatz einer solidarischen Finanzierung angeführt, obwohl wir wissen, dass dieser Grundsatz seit Jahren zu Lasten der Lohnabhängigen gebrochen ist. Eigentlich müsste daher die geplante Beitragserhöhung, die im Übrigen völlig unzureichend ist, gänzlich von den Dienstgebern getragen werden. Aber diese Entscheidung wird vorsorglich auf die Sozialpartner abgeschoben.

Die angeführte Möglichkeit der Einsparungen bei den Verwaltungskosten ist aufs schärfste zurückzuweisen. Ohne den außerordentlichen Einsatz der Beschäftigten hätte der vorgenommene Aderlass im Verwaltungsbereich (Verwaltungskostendeckelung) zu einem Zusammenbruch der Aufgabenerfüllung geführt.

Vielmehr wäre es an der Zeit gewesen, einige der Maßnahmen der ÖVP-Regierung zurückzunehmen. Immerhin haben diese „räuberischen“ Aktionen erwiesenermaßen den Krankenversicherungsträgern einen Grossteil ihres Abgangs beschert.

Einige Anmerkungen und Formulierungen berechtigen uns zur Sorge, dass die Entscheidungsstrukturen der Sozialversicherungsträger in Richtung „Modell Hauptverband“ verändert werden. Im Falle des Hauptverbandes haben wir immer eine Reparation der unter teilweise verfassungswidrigen Umständen staatsstreiksartig durchgeführte politischen Aushebelung der Dienstnehmermehrheit gefordert.

Darüber hinaus bereitet uns der lapidare Satz im Bezug auf das Hanusch-Krankenhaus der Wiener Gebietskrankenkasse (und die Unfallkrankenhäuser der AUVA) große Bedenken. Ob Überprüfung oder nicht – es darf keine Abgabe (Überführung) geben. Wir sehen das Hanusch-Krankenhaus als unabdingbares Kompetenzzentrum für die Versichertengemeinschaft. Ein „Verkauf“ würde die Versichertengemeinschaft um die Möglichkeit berauben, wichtige Erfahrungen im Bereich der Spitalsfinanzierung zu sammeln, die „Kosten“ sowie die Effizienz der von anderen „angekauften“ Leistungen nachzuvollziehen und zu prüfen. Das Hanusch-Krankenhaus hat mit den dort Beschäftigten schon mehrmals Verbesserungen in Behandlung, Therapie und Betreuung auf- und vorgezeigt.

Die angedachte Bündelung der Finanzmittel erscheint prinzipiell sinnvoll. Jedoch befürchten wir dadurch eine weitere Zurückdrängung der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung.

Ebenfalls zu überdenken ist die prinzipielle Aussage nach einer Realisierung eines einheitlichen Leistungsrechts der Gebietskrankenkassen - war doch der Leitgedanke, der geringen aber doch vorhandenen „Spielräume“ bei den Leistungen, ein Gestaltungsinstrument für regionale Besonderheiten zu haben. Die Limitierung von Selbsthalten betrifft „nur“ die Rezeptgebühr, andere Selbstbehalte bleiben hievon leider

unberührt. Die angeführte Ausweitung von Prävention und Gesundheitsförderung ist zu begrüßen. Es fehlt aber weitgehend an konkreten Aussagen. Darüber hinaus erscheint, aufgrund der o.a. nicht vorhandenen finanziellen Absicherung der sozialen Sicherheit, eine Umsetzung nicht möglich.

Willenserklärung

Wir nehmen zur Kenntnis, dass viele wichtige Teile der Sozialdemokratie und die Gewerkschaften, ab dem Zeitpunkt der Rückkehr der ÖVP an den Verhandlungstisch, vom Entscheidungsprozess ausgeschlossen wurden. Wir nehmen zur Kenntnis, dass der angekündigte Weg der Kursänderung von den Verantwortlichen teilweise verlassen wurde und uns die Ergebnisse in überheblicher Manier unter fadenscheiniger Argumentation übermittelt wurde.

Wenn Genosse Cap meinte „wir sollen froh sein, denn bisher hätten wir nichts gehabt“ so weisen wir darauf hin, dass wir die Vorstellung einer besseren, gerechten, einer sozialen Gemeinschaft hatten. Eine Vorstellung einer Welt, in der die arbeitenden Massen, die den Reichtum schaffen, den Anteil bekommen, der ihnen zukommt.

Die Sozialdemokratie hat die meisten Stimmen aller Parteien bekommen, weil sie das oder zumindest ähnliches versprochen hat – wir hatten die Menschen. Viele dieser „einfachen“ Menschen sind enttäuscht und werfen nun der Sozialdemokratie Unglaubwürdigkeit vor.

Wir als sozialdemokratische GewerkschafterInnen wollen und werden nicht unglaubwürdig sein. Wir werden alles dazu tun, um die Vorstellungen einer gerechten, solidarischen und freien Welt umzusetzen. Wir werden die Werktätigen in allen Belangen unterstützen – mit oder ohne Regierung. Wir werden die Sozialversicherung mit ihren eigenen Einrichtungen (Gesundheitszentren, Hanusch-Krankenhaus, UKH's udgl.) - als zentralen Punkt der sozialen Sicherheit und des sozialen Friedens - „das Kind“ der sozialdemokratischen GewerkschafterInnen und ihrer Partei mit allen zu Gebote stehenden Mitteln, gemäß geltender Beschlusslage der Gewerkschaft, gegen alle Angriffe verteidigen und wo immer notwendig Widerstand gegen ihre Zerstörung leisten.

Wir fordern umfassende Einbindung der Landesorganisationen, der Teilorganisationen und der sozialdemokratischen GewerkschafterInnen in die zukünftigen Entscheidungsprozesse. Die unbedingte Präzisierung und Erweiterung des Regierungsprogramms sowie die mittelfristige Rückführung der Kompetenzen für Arbeit, Soziales- und Gesundheit in die „Hände“ der Sozialdemokratie.

Die Gewinnung der sogenannten Mittelschichten – wie in den letzten Jahrzehnten betrieben – ist sehr wichtig, aber sie soll nicht erfolgen durch die Preisgabe sozialdemokratischer Grundsätze und eine verwaschene „Politik der Mitte“. Die Sozialdemokratie darf im Ringen um die Gewinnung der Mittelschichten nicht zu einer zweiten Volkspartei werden, sondern muss an ihrem gesellschaftsverändernden Charakter festhalten.

Das wollen und werden wir beherzigen und dafür werden wir kämpfen.

Freundschaft

~~SOZIALDEMOKRATISCHE
BETRIEBSGEWERKSCHAFT
DER WIENER GEBIETSKRANKENKASSE~~

Franz Koskartl
Vorsitzender

für den Vorstand der
Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen
in der Wiener Gebietskrankenkasse

LESERBRIEF

Liebe GenossInnen,

Wieder nur große Worte und gegen Bartenstein umgefallen - 800 Arbeitskräfte aus dem Ausland. Umschulungen sind gut, aber nur im Einzugsgebiet von entsprechenden Arbeitsplätzen. Firmen wandern tausende Kilometer ins Ausland ab, nur das Arbeitsplätze zu den Menschen (in Österreich) kommen, daran denkt niemand. Sollen wir ein Volk von Wanderarbeitern werden? Werden wir eine Republik von „Schafschürern und Baumwollpflückern“? Hauptsächlich die ÖVP und die Industrie loben „GUSI“. Ist vielleicht schon daran gedacht, dass aus unseren Gruß, statt Freundschaft - „Wirtschaft“ wird.

Freundschaft

F.B., Wien

Zum ÖGB- "Reformkongress"

„Der ÖGB-neu“ macht dort weiter, wo der „alte“ aufgehört hat. So hatte die Verschmelzung der Gewerkschaften mit den Interessen des Unternehmertums auch am 16. ÖGB- Bundeskongress höchste Priorität.

Die Bürokratie hält schon seit 62 Jahren an der Erhaltung des Lohnsystems fest. Seit ihrem Bestehen missbraucht die Bürokratie die Arbeiterbewegung, indem sie die Gewerkschaften, als Instrument zur Disziplinierung und Kontrolle der Arbeiterklasse einsetzt. In diesem Sinn ging der ÖGB Kongress über die Bühne.

Schon seit ihrer Gründung im Jahr 1945 bestand die Aufgabe der Bürokratie darin, die Arbeiterklasse dahingehend zu manipulieren, dass sie sich widerstandslos ausbeuten lässt. Sie hat darüber hinaus die Gewerkschaftsmitglieder in allen Entscheidungen ausgeschlossen, sie entmündigt, belogen und ihre Mitgliedsbeiträge (Streikfond) in Bank- und Investitionsgeschäfte veruntreut.

Die ArbeitnehmerInnen stehen praktisch dort, wo sie vor 62 Jahren standen. Sie haben keine Zukunft, müssen wieder um ihre Arbeit, Bildung, Pensionen und Gesundheit bangen. Hinzu kommt noch, dass die bürgerlichen Werte wie Wachstum, Globalisierung, Privatbesitz an Industrie, Konzerne und Rohstoff, die Lebensräume der Menschheit vernichten. Kurzum, es ist eine Minute vor Zwölf, was die Umwelt, die Lebensräume der Menschheit betrifft. All diese Probleme kamen beim 16. Bundeskongress nicht zur Sprache. Dafür verteidigten sie umso mehr die Werte und die Rechte des Bürgertums. Vor allem das bürgerliche Recht, sich an der Arbeiterklasse zu bereichern. Dieses Recht auf „Ausbeutung der Lohnarbeit“ schützt die Gewerkschaftsbürokratie, durch die Erhaltung des Lohnsystems.

Die Aufrechterhaltung des Lohnsystems, ist die Berufsbestimmung der Bürokratie. Das ist auch der Grund warum der ÖGB seit seiner Gründung, die ArbeitnehmerInnen von allen Entscheidungen ausgeschlossen hat und weiterhin ausschließen wird, wie es z.B. beim 16.

Bundeskongress praktiziert wurde.

Kämpferische Gewerkschaften wird es solange nicht geben, solange sie mit den Interessen des Kapitals verschmolzen sind. Damit die Gewerkschaften unsere Interessen vertreten können, müssen sie zumindest von den Wirtschaftsinteressen des Unternehmertums befreit werden. Die ArbeitnehmerInnen dürfen sich nicht weiter aus den Entscheidungsprozessen (im Gewerkschaftsbund und Teilgewerkschaften) ausschließen und sich durch Bürokraten (Berufsfunktionäre) ersetzen lassen.“
*Personalvertreter bei WIENSTROM
Gilbert Karasek*

STELLUNGNAHME zur ÖGB-Diskussion

„Sozialpartnerschaft kann nur so lange als erfolgreich gewertet werden, so lange es eine gerechte Aufteilung des Kapitals gibt - da sich in den letzten Jahren das Gesamtvermögen zu Gunsten Weniger und zu Lasten sehr vieler ArbeitnehmerInnen immer stärker verschiebt, sollte sich der ÖGB wieder stärker mit seiner Position als Kampforganisation auseinandersetzen.

Politische Arbeit - durchaus, und sogar vor allem, in politischen Gremien in Bund Länder und Gemeinden ist sinnvoll und notwendig. Lobbying, ob für eine Region oder für eine Interessensvertretung, ist am effizientesten in den gesetzgebenden Gremien möglich. Wenn sich die SPÖ tatsächlich davon verabschiedet, dass sie ArbeitnehmerInnenpartei ist und somit auch keine führende Arbeitnehmervertreter in ihren Gremien zulassen will, kann sie auch nicht mehr länger die Partei von uns ArbeitnehmerInnen sein. (oder gehören nur einige Leute verjagt, die vergessen haben welche Partei die SPÖ ist?).

Der ÖGB braucht eine klare Strategie und eine klare Zielsetzung in allen arbeits- und sozialpolitischen Fragen, die auch entsprechend transparent und öffentlich ist. Politik die auf Zuruf von Ergebnissen von Urabstimmungen gemacht wird ist Zeichen der Orientierungslosigkeit und signalisiert gegenüber den Mitgliedern das Fehlen ei-

ner klaren Ideologie. Derartige Urabstimmungen sollten also nur in Ausnahmefällen und in Zusammenhang mit grundlegenden Grundsatzentscheidungen durchgeführt werden.

Der ÖGB sollte stärker als überfraktionell nach außen auftreten - die Meinungsbildung sollte auf breiter Grundlage basieren. Die Bildung der Gremien sollte nicht nach fraktionellen Kriterien, sondern nach sachlichen Kriterien erfolgen. Die Positionen des ÖGB sollte in die Parteien getragen werden, aber nicht umgekehrt.

Wir sind an einem Punkt angelangt wo nur eine Totalreform zielführend sein kann. Das heißt, man muss sich aus meiner Sicht mit einer Neugründung des ÖGB auseinandersetzen. Da sich gezeigt hat, dass die Fachgewerkschaften zu Konkurrenzdenken innerhalb des ÖGB führen und einheitliche Vorgangsweisen oft verhindern (siehe z. B. das KV-Dumping des HTV im Gesundheitsbereich, oder aber auch die Hausmachten bei der Besetzung von Gremien in SV und AK - dabei ist die Herkunft wichtiger als die fachliche Eignung). Deshalb sollte der ÖGB in seiner Gesamtstruktur gestärkt werden. Fachgewerkschaften sind unnötig - vielmehr ist eine effiziente berufsspezifische Vertretung von Berufsgruppen (Wirtschaftsbereiche) unter der Koordination eines gestärkten ÖGB anzustreben.

Dadurch wäre außerdem sichergestellt:

- ein gemeinsamer Kampf um neue Mitglieder und nicht ein gegenseitiger Kampf welche Fachgewerkschaft bestehende Mitglieder für sich in Anspruch nehmen kann.

- durchschaubare Strukturen für die Mitglieder, die reichlich wenig Verständnis für das genannte Konkurrenzdenken haben und sich als Gewerkschaftsmitglieder fühlen und unterschiedliche Leistungen (bis hin zur Höhe des Mitgliedsbeitrages) nicht nachvollziehen können

- Nutzung von Synergieeffekten und Effizienzsteigerung in der gewerkschaftlichen Arbeit in den Bezirken und Regionen

aber vor allem in der Mitglieder- und Betriebsrätebetreuung (hier wären vermutlich enorme Einsparungen – durchaus auch personell - möglich)

- personell freiwerdende Ressourcen könnten für einen dringend notwendigen effizienten Aufbau von besseren internationalen Strukturen geschaffen werden.

- Grenzübergreifenden Strukturen von Konzernen oder auch sozialpolitischen Entscheidungen auf EU Ebene, hat der ÖGB zur Zeit kaum etwas bis nichts gegenüberzustellen.

- personell freiwerdende Ressourcen könnten außerdem zum Aufbau von Strukturen zur Bewältigung künftiger Herausforderungen (z. B. atypisch Beschäftigte, freie Dienstverträge etc.) oder rasant wachsender Berufsgruppen und sozialen Herausforderungen - wie das im Pflegebereich der Fall ist, eingesetzt werden. Hier wäre auch beträchtliches Mitgliederpotenzial vorhanden.

Stärkung des Solidaritätsgedanken (der wäre in den letzten Jahren besonders wichtig gewesen, dass man den Kampf gegen die Regierungstollwut nicht der jeweils betroffenen Fachgewerkschaft überlässt, sondern verstärkt zum Gesamtanliegen macht) ...

In die Reform sollten verstärkt BetriebsrätInnen und Mitglieder eingebunden werden. Wenn sich in erster Linie die wichtigsten Repräsentanten der Fachgewerkschaften damit auseinandersetzen, geht es mehr um Absicherung der Hausmacht, als um eine Reform für die ArbeitnehmerInnen. Bei mir ist dieser Eindruck zumindest entstanden.“ ZBR G. W., Wien

Zur Rolle des ÖGB

Früher verstand sich die ÖGB-Führung mit ihrer Politik der „Sozial“partnerschaft aus der Position der Stärke heraus als die bessere, sozialere Verwalterin der Kapitalpolitik. Nach fünfeinhalb Jahrzehnten durch „sozial“partnerschaftliche SPÖ- und ÖGB-Politik aufgepäppelt, fühlte sich die Unternehmerseite im Jahr 2000 mit ihren Parteien ÖVP und FPÖ so

stark, diesen Kurs aufzukündigen. Die Folge war ein rasanter wirtschaftlicher und sozialer Aderlass für breiteste Bevölkerungskreise. Doch statt dagegen aufzutreten und zu mobilisieren, hielt sich insbesondere die ÖGB-Führung bedeckt, verhandelte geheim mit der Regierung. Sie schluckte die Zerschlagung der Sozialversicherung, trat nicht gegen die Propagandalüge vom „Diktat der leeren Kassen“ auf und vertrat mit Ausnahme von kosmetischen Korrekturen selbst den Lohn- und Pensionsraub der Regierungsmodelle von „Abfertigung neu“ und „Pensionsreform“ (Formel: 45:80:65 – nach 45 Arbeitsjahren mit 65 Lebensjahren mit 80% des mit 45 Jahren durchgerechneten Einkommens in Pension gehen).

Der Grund für diese Schwäche des ÖGB hat die gleiche Ursache wie seine frühere „Stärke“: die fast kadavergehorsame Verfolgung einer „Sozial“partnerschaftspolitik.

Spätestens ab 2000 war die „Partnerschaft“ des ÖGB seitens der Unternehmer und der Regierungsparteien ÖVP und FPÖ so nicht mehr gebraucht. Die ÖGB-Spitzen rannten aber weiter auf den alten Schienen. Sie kannten ja nichts anderes als „verhandeln“ und Unternehmerinteressen als „sozial“ verkaufen. Offen gegen die Unternehmerangriffe auf die arbeitenden Menschen aufzutreten, hatte sie schon längst verlernt und lag auch bis dahin nicht in ihrem Interesse. Statt sich endlich umzuorientieren, versuchten sie dadurch Boden zurück zu gewinnen, dass sie sich de facto noch mehr an die Unternehmenseite und die ÖVP-FPÖ-Regierung anbiederten.

Die ÖGB-Führung kanalisiert 2001 den Protest gegen die Zerschlagung der Sozialversicherung durch eine Flucht nach vorne – in die ÖGB-Urabstimmung. Die überwältigende Zustimmung der Mitglieder wurde damals als Zustimmung zur „Abfertigung neu“ umfunktioniert, die man der Regierung herausgerissen hätte; diese aber verfolgte im Wesentlichen das gleiche Ziel.

Ähnlich die Situation 2003: Der

Unmut und die Proteste gegen den von der Regierung geplanten Pensionsraub waren enorm. Der Druck auf die ÖGB-Führung stieg. Diese musste dem Druck nachgeben und Streiks und Demonstrationen organisieren. Für die bloße Einladung durch Bundeskanzler Wolfgang Schüssel zum „Runden Tisch“, ohne jegliche Gegenleistung für die arbeitenden Menschen, brach der ÖGB die Demonstrationen und Streiks gegen den Pensionsraub, gegen den Ausverkauf von Vöest-Alpine und ÖBB ab.

Die grundsätzliche Schwäche der Gewerkschaftsführung besteht darin, ohne „Partner“ auf der Wirtschaftsseite keine eigene Handlungsperspektive bzw. Existenzberechtigung zu sehen. Die Hunderttausenden Mitglieder und die Tausenden kleinen FunktionärInnen, die in Sonntagsreden beschwört werden, zu wirklichen und aktiven Partnern zu machen, und damit einen Mitgliederzuwachs zu erreichen, das wollen die SpitzenfunktionärInnen in Wirklichkeit gar nicht mehr. Die Leute sollen zu Hause bleiben und bestenfalls mittels „Kampagnen“ „informiert“ werden, was der ÖGB-Vorstand vorher für gut befunden hat. Deshalb sind die ÖGB-Spitzen – sofern sie nicht schon selbst durch Sozialisation und Geschäfte Anhänger bzw. Teil der Ideologie der Kapitalsseite geworden sind – zur weiteren Erhaltung ihrer Pos(it)ion(en) im System, noch schneller als früher bereit, die Interessen der Kapitalsseite als im Interesse der arbeitenden Menschen liegend zu verkaufen!

Der BAWAG-Skandal ist nur der vorläufiger Höhepunkt dieser Entwicklung. Die Reduktion der ÖGB-Krise durch seine Führung auf den BAWAG-Skandal bedeutet nicht mehr und nicht weniger, dass die Gewerkschaftsspitzen den bisher falschen Weg weiter beschreiten wollen. Für uns arbeitende Menschen eine gefährliche Drohung. Wir haben bei unseren künftigen Auseinandersetzungen weiterhin nicht nur die Unternehmenseite gegen uns, sondern auch die Gewerkschaftsseite weiterhin an der Seite der Unternehmer zu

erwarten. Die ÖGB-Führung wird weiter ihr doppeltes Spiel treiben.

Unsere Chance - Solidarität und gemeinsamer, selbständiger Widerstand von unten

Die Auseinandersetzungen der letzten Jahrzehnte haben deutlich gemacht, dass die Menschen bereit sind, für ihre Interessen einzutreten, sich zu engagieren. Das war auch so im letzten Jahrzehnt, als die Welle des Sozial- und Demokratieabbaus rollte. Noch nie waren in der zweiten Republik zuvor so viele, vor allem jeweils junge Menschen, aktiv: sei es bei den Protesten gegen die Atomkraft, sei es bei den Protesten gegen die Zerschlagung der Verstaatlichten Industrie, sei es beim Lichtermeer gegen Verhetzung und Rassismus, sei es bei den Demonstrationen gegen Schwarz-Blau, sei es bei den Volksbegehren gegen Sozialabbau und Eurofighter, sei es bei der ÖGB-Urabstimmung, sei es bei den Protesten gegen die Kriegspolitik der USA, sei es bei den Streiks und Demonstrationen gegen die „Reform“ der Pensionen, Zerschlagung der Sozialversicherungen, Ausverkauf und Privatisierungen.

Weil die herrschende Politik – auch die der neuen rot-schwarzen Regierung – sich an der Politik der Profit- Vergeudungs- und Wegwerfwirtschaft orientiert, haben sich gleichzeitig in den letzten Jahrzehnten Hunderttausende Menschen von Parteien und Gewerkschaften zurückgezogen und machen bei Wahlen die Nichtwähler oft schon die stärkste „Partei“ aus. Nichtwählen und Zuschauen allein genügt aber nicht. Wir können uns selbständig, das heißt im Vertrauen auf unsere eigenen Gedanken, Fähigkeiten, und Kräfte, gemeinsam das zurückerobern und neu aufrichten, was uns gehört: ein menschenwürdiges Leben, eine menschenwürdige Zukunft ohne Arbeitsplatz- und Existenzangst, ohne der tödlichen Gefahr von Kriegen.

Die Welt funktioniert nicht aufgrund der im Verhältnis verschwindenden Anzahl von Firmen- und Kapitaleignern, sondern aufgrund der wertschöpfenden, täglichen Tätigkeit von Milliarden von Menschen auf dieser Welt. „Technik und Technologie dürfen sich nicht zum Schaden der Menschen auswirken“ (Alfred Dallinger). Und man kann ergänzen, das gesamte Wirtschaften darf sich nicht zum Schaden der Menschen auswirken, wie es heute immer mehr geschieht – Stichwort: Arbeitsstress, Arbeitslosigkeit, Atom- und Kriegsgefahr, Klimaerwärmung, usw. „Die Grundlage des Wirtschaftens soll daher der Dienst an den arbeitenden Menschen und nicht der Profit einiger Weniger sein“

Die Redaktion, ÖSK-Team.



proSV - Plattform
Keine Zerschlagung
der Sozialversicherung
<http://prosv.akis.at>

Wer ist das

Österreichische Solidaritätskomitee?

1981 haben 10.000 Menschen aus der ganzen Region Judenburg in der Steiermark für die Erhaltung des Stahlstandortes demonstriert und so ihren Willen durchgesetzt. Zur Unterstützung der kämpfenden Arbeiter hat sich damals das "Österreichische Solidaritätskomitee" gegründet, weil der Widerstand gegen die Zusperrer und Sanierer im Interesse aller arbeitenden Menschen liegt und die Betroffenen nicht alleingelassen werden dürfen.

Wir sind ein Forum von Kolleginnen und Kollegen, die wieder mehr sozialistische Grundsätze und Denkweise in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit für die Rechte der arbeitenden Menschen als ihre Richtschnur sehen.

Das "Österreichische Solidaritätskomitee" erhält sich ausschließlich von Mitgliedsbeiträgen und von den Spenden seiner Aktivisten, Abonnenten und Unterstützer.

Ich möchte die Zeitschrift "Solidarität - unsere Chance" beziehen:

- Ich will eine Probenummer testen.
- Ich will ein Abo (4 - 5 Ausgaben pro Jahr) zum Preis von € 5,- (Solidaritätsreis € 10,-)
- Ich bin an weiterem Infomaterial interessiert.
- Ich bin an Treffen interessiert.

Name: _____

Adresse: _____

Telefon: _____

e-mail: _____

Einsenden an:

90/07

**Österreichisches Solidaritätskomitee
Stiftgasse 8, 1070 Wien
oesolkom@gmx.at**

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion:
Österreichisches Solidaritätskomitee – Verein zur Unterstützung der arbeitenden Menschen“
Stiftgasse 8, 1070 Wien, ZVR 188951949

Erscheinungsort Wien, P.b.b.
Verlagspostamt 1070 Wien,
"Sponsoring Post" GZ 02Z030772 S

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz:

Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift „Solidarität unsere Chance“ ist zu 100 % das „Österreichisches Solidaritätskomitee – Verein zur Unterstützung der arbeitenden Menschen“, Stiftgasse 8, 1070 Wien. Vorstand: W. Leisch, P. Düringer, H. Schmitz.
Die grundlegende Linie der periodischen Druckschrift ist die des oben genannten Vereins.

Post wird teurer - SPENDENAUFRAF!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir danken herzlich für die Zuschriften und Spenden. Im Sinne unserer gemeinsamen Sache sind wir verstärkt auf Ihre Mitarbeit und finanzielle Unterstützung angewiesen.

Damit die Post noch mehr Gewinne schreiben kann, baute und baut sie Personal ab, erhöht den Arbeitsdruck auf die Beschäftigten, schießt Postämter und erhöht die Gebühren für die Kleinen – so auch für den Postzeitungsversand von Vereinen usw. (Info-Mails). So kosten seit 1. Jänner 2007 auch die Retoursendungen unserer Aussendungen etwas, nämlich 28 Cent (unter 50 Gramm) bzw. 36 Cent (über 50 Gramm) je Info-Blatt, das als unzustellbar retour kommt. Daher unsere Bitte: Teilen Sie uns rechtzeitig Adressänderungen, Änderungen von Straßennamen, Hausnummern, Postleitzahlen mit, oder wenn am Adresskleber ein Fehler vorhanden ist, oder Sie unsere Zusendungen nicht mehr erhalten wollen.

Da die Post immer teurer wird, wollen wir mehr Infos per E-Mail und Internet abwickeln – dazu benötigen wir Ihre E-Mail-Adresse. Wer daran Interesse hat, gibt uns diese bekannt unter: oesolkom@gmx.at

Mit solidarischen Grüßen

ÖSK

Reicher Mann und armer Mann
standen da und sah'n sich an.
Und der Arme sagte bleich:
wär' ich nicht arm,
wärst du nicht reich!
(Bert Brecht)